



**Landkreis  
Osterholz**

DER LANDRAT

Landkreis Osterholz · Am Osterholze 2 A · 27711 Osterholz-Scharmbeck

Biologische Station Osterholz e. V.  
Lindenstraße 40  
27711 Osterholz-Scharmbeck

**Umweltamt**

Ihr Zeichen:

Mein Zeichen: 66.50-  
55.05.52/2024/0002

Frau Meyer

Telefon: 04791 930-3250

E-Mail: carolin.meyer@

landkreis-osterholz.de

14.07.2025

---

**Pl a n g e n e h m i g u n g**

**Fließgewässer- und Auenentwicklung des Grabens im Schwarzen Horst und des Grabens M  
auf einer Strecke von knapp 700 m  
Gemarkung Oldendorf, Flur 3, Flurstücke 22, 34/1, 39/1, 41/1**

Sehr geehrte Damen und Herren!

**I. Plangenehmigung**

Hiermit erteile ich Ihnen gemäß §§ 67 ff. Wasserhaushaltsgesetz (WHG), §§ 107 ff. Nds. Wassergesetz (NWG) i. V. m. §§ 72-78 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) die Genehmigung zur wesentlichen Umgestaltung bzw. Renaturierung des Grabens im Schwarzen Horst und des Grabens M auf einer Strecke von 700 m in der Samtgemeinde Hambergen, Gemarkung Oldendorf, Flur 3, Flurstücke 22, 34/1, 39/1, 41/1.

Diese Genehmigung ersetzt insbesondere folgende Entscheidung, sie gilt mit dieser Plangenehmigung als erteilt (Konzentrationswirkung):

Dem Inhaber dieser Plangenehmigung wird die erforderliche Befreiung gemäß § 67 Abs. 1 Nr. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) von den Verboten gemäß § 30 BNatSchG (gesetzlich geschützte Biotope) und gemäß § 67 Abs. 2 BNatSchG von den Verboten des § 44 Abs. 1 Ziffer 1-4 BNatSchG (besonders geschützte und bestimmte andere Tier- und Pflanzenarten) erteilt.



**Landkreis Osterholz**

Kreishaus II, Am Osterholze 2 A  
27711 Osterholz-Scharmbeck  
Telefon: 04791 930-0  
Fax: 04791 930-1099  
E-Mail: info@landkreis-osterholz.de  
www.landkreis-osterholz.de

**Servicezeiten**

**Mo & Do** 8-12 Uhr und 14-16 Uhr  
**Di** 8-18 Uhr (durchgehend)  
**Mi & Fr** 8-12 Uhr  
Um Ihnen jederzeit den besten Service bieten zu können, ist eine Terminvereinbarung erforderlich.

**Bankverbindung**

**Sparkasse Rotenburg Osterholz**  
IBAN: DE35 2415 1235 0018 2000 89  
BIC: BRLADE21ROB  
**Volksbank eG**  
IBAN: DE40 2916 2394 0005 0008 00  
BIC: GENODEF1OHZ

## **II. Planunterlagen**

Die eingereichten Antragsunterlagen vom 19.06.2024 in der endgültigen Fassung vom 16.06.2025 und enthaltene Grüneintragungen sind verbindlicher Bestandteil dieser Genehmigung und der Befreiung nach BNatSchG.

Der Plangenehmigung liegen folgende geprüfte Unterlagen zugrunde:

1. Der Antrag der Biologischen Station Osterholz e. V., Ökologische Station, auf Ausbau eines Gewässers gemäß §§ 67 ff. WHG zur wesentlichen Umgestaltung des Grabens im Schwarzen Horst und des Grabens M auf einer Strecke von 700 m vom 19.06.2024, in der Fassung vom 16.06.2025.
2. Planungsunterlagen des Planungsbüros UIH aus Höxter, bestehend aus:
  - 2.1 Erläuterungsbericht (Aufgabenstellung, Anlass und Vorbemerkung)
  - 2.2 Naturschutzfachliche Unterlagen zur Renaturierung des Grabens im Schwarzen Horst und des Grabens M (Anhang 1)
  - 2.3 Einverständniserklärungen der Grundstückseigentümer (Anhang 2)
  - 2.4 Bodengutachten (Anhang 3)
  - 2.5 Abflussdaten (Anhang 4)
  - 2.6 Berechnung Wasserspiegellagen (MHQ) Graben M (Anhang 5)
  - 2.7 Berechnung Wasserspiegellagen (MHQ) Graben im Schwarzen Horst (Anhang 6)
  - 2.8 Übersichtslageplan im Maßstab 1:5.000
  - 2.9 Flurkarte im Maßstab 1:5.000
  - 2.10 Lageplan Planung im Maßstab 1:200 (6 Blätter)
  - 2.11 Profile Bestand-Planung im Maßstab 1:100 (5 Blätter)
  - 2.12 Bodenverbindung im Maßstab 1:3.000

## **III. Nebenbestimmungen**

### Allgemeine Auflagen

1. Die Einzelmaßnahmen sind wie in den Antragsunterlagen dargestellt herzustellen. Die in den Antragsunterlagen in Grün eingetragenen Prüfungsbemerkungen sind Auflagen oder Bedingungen im Sinne des § 36 Abs. 2 Nr. 2 und 4 Verwaltungsverfahrensgesetz, in der z. Z. geltenden Fassung.
2. Vor Beginn der Bauarbeiten hat sich der Genehmigungsinhaber zu erkundigen, ob im Bereich der Kreuzungsstelle Rohre, Kabel oder andere Versorgungsleitungen verlegt sind. Die notwendigen Sicherungs- und Verlegungsarbeiten sind in Abstimmung mit dem Betreiber der jeweiligen Anlagen zu veranlassen.

3. Sollten aus bauphysikalischen Gründen Grundstücke mitbenutzt werden, die sich nicht im Eigentum des Antragsstellers befinden, ist vorab das Einverständnis mit dem Grundstückseigentümer herzustellen.
4. Der Beginn der Baumaßnahme ist der Unteren Wasserbehörde (Tel.: 04791 930-3220, E-Mail: Umweltamt@landkreis-osterholz.de) rechtzeitig mitzuteilen, damit die Möglichkeit besteht, während der Arbeiten vor Ort zu sein.
5. Sowohl während als auch nach Beendigung der Baumaßnahme ist der ordnungsgemäße Wasserabfluss in den Gewässern jederzeit zu gewährleisten.
6. Durch die Maßnahme darf die Entwässerung der oberhalb des Vorhabengebietes liegenden Grundstücke nicht beeinträchtigt werden.
7. Durch die Baumaßnahme darf es zu keinen nachteiligen Änderungen der Wasserstände des Grabens „O“, sowie des Graben M oberhalb des Maßnahmenbereiches kommen.
8. Der Graben N ist mit den Geometrien des Bestandsprofils in der neuen geplanten Achse fortzuführen.
9. Der Abschluss der Baumaßnahme ist der unteren Wasserbehörde unter Vorlage des Aufmaßes des gesamten Grabenprofils schriftlich anzuzeigen. Es erfolgt eine abschließende Bauabnahme. Bei der Bauabnahme ist die Einhaltung der Gewässerprofile vermessungstechnisch nachzuweisen.
10. Beginn und Abschluss der Baumaßnahme sind außerdem dem Unterhaltungsverband Nr. 80 Lüne rechtzeitig anzuzeigen. Nach Beendigung der Maßnahme ist eine Abnahme zu beantragen.

#### Bauausführung

11. Die Ergebnisse der Begehung der Fläche mit Prüfung hinsichtlich möglicher Brutvorkommen von Boden- oder Schilfbrütern vor Baubeginn sind schriftlich festzuhalten und an die Untere Naturschutzbehörde zu übermitteln.
12. Spätestens nach dieser Prüfung sind in einem Zeitplan der Ablauf und die Dauer der Renaturierungsmaßnahme darzustellen und bei der unteren Naturschutzbehörde einzureichen.

13. Sollten bestehende Einleitung in die Gräben im Vorhabengebiet durch die Bauarbeiten beeinträchtigt werden, sind diese auf Kosten des Antragstellers ordnungsgemäß wiederherzustellen.
14. Im oberseitigen Bereich des Graben M ist auf den ersten 35 m Fließstrecke auf dem Grundstück mit der Flurstücksnummer Für einen ungehinderten Wasserabfluss ist auch nach Beendigung der Baumaßnahmen jederzeit Sorge zu tragen. 41/1, Flur 3, Gemarkung Oldendorf, die Bestandgeometrie zu erhalten. Das Einbringen von Totholz und Kies oder sonstigen Abflusshindernissen auf dieser Strecke ist nicht gestattet.
15. Die Verbindung der Gewässersohle mit der Sohle des Altverlaufs des Grabens im Schwarzen Horst darf die max. 1:2 geneigte Schüttungen mit Sohlsubstrat nicht überschreiten.

#### Material

16. Die Findlinge müssen auch bei starker Durchströmung im Umgehungsgerinne eine ausreichende Stabilität aufweisen.
17. Im Bereich der neuen Gewässertrassen sind neben standorttypischem Kiesmaterial für die Sohlsicherung und Strukturvielfalt des Gewässers notwendigen Findlingen und Steinen der Größenklassen CP 90/250 sind auch entsprechende Mengen (jeweils 15%- 20%) an Mittelkiesen (6-20mm), Grobkiesen (20-63mm) und Steinen (bis 100mm) in gewässertypischer Körnungslinie in den Sohlbereich einzubringen.
18. Für die Sohlsicherung ist ausschließlich naturraumtypisches Material (Steine, Kiese, Rundkorn aus lokalen Kieswerken) zu verwenden. Die Verwendung von organisch stark verunreinigten Kartoffellesesteinen zum Einbau in die Gewässersohle ist nicht zulässig. Vor Einbau ist Art und Herkunft des Substrats mit der unteren Wasserbehörde (Tel. 04791 930-3220, E-Mail: Umweltamt@landkreis-osterholz.de) abzustimmen.

#### Böden

19. Fallen Oberböden im Rahmen der Baumaßnahme an, sind sie gemäß § 12 Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) als Oberböden wiedereinzusetzen, soweit die Schadstoffgehalte dieses zulassen. Die Verwertung erfolgt durch Auf- oder Einbringung in oder auf die durchwurzelbaren Bodenschichten bzw. zur Herstellung der durchwurzelbaren Bodenschichten.
20. Humushaltige Böden dürfen nicht in der wassergesättigten Bodenzone eingebaut werden.

21. Von dem Bodenmaterial darf keine Gefährdung des Grundwassers, des Oberflächenwasser und des Bodens ausgehen. Die Materialien müssen den Ansprüchen der Ersatzbaustoffverordnung genügen. Es darf keine Schlacke eingebracht werden.
22. Im Zuge der Baumaßnahmen anfallendes überschüssiges Bodenmaterial ist abzufahren und an geplanter Stelle zur Wegeunterhaltung ohne Beeinträchtigungen für Natur und Landschaft abzulagern. Das Gelände darf zur Unterbringung des Bodens nicht aufgehört werden, Wälle dürfen nicht angelegt werden.
23. Das Vorkommen von sulfatsauren Böden kann innerhalb eines Gebietes stark schwanken. Genauso ist die Verteilung innerhalb eines Schichtenprofils unterschiedlich und u. a. vom Grundwasserstand abhängig. Da diese Böden unter anaeroben Verhältnissen keine erhöhten Schadstoffkonzentrationen freisetzen, sollten Böden aus tieferen wassergesättigten Schichten zur Altgewässerverfüllung wieder in der unteren wassergesättigten Schicht genutzt werden.
24. Bei Freilegung von sulfatsauren Böden sind unverzüglich Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Der Vorhabenträger hat vier Wochen vor Baubeginn ein entsprechendes Konzept vorzulegen und dem Umweltamt (Umweltamt@landkreis-osterholz.de) unaufgefordert einzureichen.
25. Gemäß § 6 Abs. 9 BBodSchV ist beim Auf- oder Einbringen oder der Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht sowie beim Um- oder Zwischenlagern von Materialien sind Verdichtungen, Vernässungen und sonstige nachteilige Einwirkungen auf den Boden durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden oder wirksam zu vermindern.

#### Furten

26. Das Abflussvermögen des Graben M, Graben O, Graben N und des Grabens im Schwarzen Horst (neu und alt) darf durch die Furten unter keinen Umständen negativ beeinträchtigt werden.
27. Sowohl die Furten als auch die Unterhaltungswege müssen mit einer Tragfähigkeit für Fahrzeuge wie Räumfahrzeuge (6 t) angelegt werden.
28. Die Furten sind jeweils auf eine maximale Länge von 6 m begrenzt.
29. Der Antragsteller ist für die Furten auf Dauer unterhaltungs- und verkehrssicherungspflichtig.

Bestimmungen für die Bauphasen

30. Die Arbeiten sollten möglichst in eine Zeit gelegt werden, in der von niedrigen Wasserspiegellagen auszugehen ist.
31. Es sind die DIN 18920 und die R SBB anzuwenden, um Gehölze, die sich im Baustellenbereich befinden, zu schützen.
32. Im Zuge des Vorhabens beschädigte und folgend abgängige Gehölze sind der unteren Naturschutzbehörde mitzuteilen und nach Absprache durch den Vorhabenträger zu ersetzen.
33. Der Bauherr hat während der gesamten Dauer der Baustelle die alleinige Aufsichtspflicht.
34. Der Antragsteller ist für die Baustraße verkehrssicherungspflichtig und muss Vorkehrungen zur Hochwasservorsorge, insbesondere für die Baustraße treffen.
35. Es ist darauf zu achten, dass jederzeit ein ordnungsgemäßer Wasserabfluss in den Gräben M, N und O sowie im Graben im Schwarzen Horst gewährleistet ist. Schädliche Auswirkungen durch Stau im Oberwasser sind zu vermeiden.
36. Während der Bauzeiten ist die ökologische Durchgängigkeit sicherzustellen.
37. Um negative Auswirkungen durch das Zuschütten des Grabens zu vermeiden, ist zum Schutz der Gewässerfauna das Abkeschern der Arbeitsbereiche vor dem Zuschütten des Grabens durch eine fachlich geeignete Person durchzuführen.
38. Während der Bauzeiten ist darauf zu achten, das Erdreich und andere Stoffe, die durch die Bauarbeiten in das Gewässer gelangt sind, unverzüglich wieder entfernt werden.
39. Zur Minimierung der Beeinträchtigungen in den Naturhaushalt sind die von der Baumaßnahme betroffenen Bereiche (Anlage von Baustelleneinrichtungsflächen und Nutzung von Transportwegen) in ihren ursprünglichen Zustand wiederherzustellen.
40. Alle Gegenstände zur Errichtung der Baustelleneinrichtung (Geotextil, Aufschüttungen, Fahrplatten etc.) sind nach Beendigung der Baumaßnahme rückstandslos zu entfernen.
41. Innerhalb der Baustraße und im Baufeld ist die Lagerung von Wasser gefährdenden Stoffen (z.B. Motoröl, Kraftstoff, Chemikalien etc.) untersagt.

### Vermeidung von Schäden am Gewässerbett

42. Die Lagerung und der Umgang mit Wasser gefährdenden Stoffen (z.B. Motoröl, Kraftstoff, Chemikalien etc.) während der Bauphase erfordern besondere Sorgfalt und Vorkehrungen. Die Lagerung von Wasser gefährdenden Stoffen ist anzeigepflichtig. Die Regelungen der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) ist dabei unbedingt zu beachten.
43. Gemäß § 130 Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) sind Unfälle mit Wasser gefährdenden Stoffen, bei denen nicht nur unbedeutende Mengen austreten, dem Landkreis Osterholz, Untere Wasserbehörde, unverzüglich anzuzeigen.
44. Für die Baumaßnahme sind nur Baustoffe und Baumaterialien zu verwenden von denen durch ihre bestimmungsgemäße Verwendung keine Gefährdung des Grundwassers oder des Gewässers hervorgeht. Der Einsatz von Schlacke ist nicht zulässig.
45. Sämtliche Schäden an den Gewässern, die durch die Baumaßnahme entstehen, gehen auf Kosten des Antragstellers.
46. Durch die Maßnahme verursachte Schäden am Gewässer sind vom Verursacher zu beheben. Etwaige Böschungen sind nach Abschluss der Arbeiten profilgerecht wiederherzustellen, zu begrünen und gegen Abrutschen zu sichern. Böschungsschäden sind zu beseitigen.
47. Auskolkungen bzw. Böschungsabbrüche, die durch die Maßnahme verursacht werden, sind auf eigene Kosten zu beseitigen. Anfallende Sandablagerungen, die ebenfalls auf die Maßnahme zurückzuführen sind, sind regelmäßig auf eigene Kosten zu beseitigen.

### Unterhaltung

48. Die Unterhaltungspflicht für die renaturierten Gewässer verbleibt entsprechend der gesetzlichen Grundlagen (§ 63, § 69 Nds. Wassergesetz (NWG)) auch nach Abschluss der Maßnahme beim jeweils zuständigen Wasser- und Bodenverband. Die Räumaufgabe kann von diesen grundsätzlich auf einen Dritten übertragen werden.
49. Das Regelprofil der Gewässer ist zu erhalten. Ein Aufstauen des Gewässers ist nicht zulässig.
50. Die Maßnahme darf zu keiner signifikanten Veränderung des Mittelwasserstandes des Graben O und des Oberhalb des Maßnahmenraumes Graben M und N führen. Sollten Verlandungen, Totholz, Findlinge oder Unrat hierzu führen, sind diese anzupassen oder zu entfernen.

51. Die Unterhaltung bzw. die Zuwegung zur Unterhaltung des Graben O und den alten Verlauf Graben im Schwarzen Horst darf durch die Maßnahme nicht beeinträchtigt werden.
52. Es ist jederzeit für eine ungehinderte und sohlgleiche Einmündung der Gräben O und N sowie des alten Verlaufes des Grabens im Schwarzen Horst in den neuen Verlauf Sorge zu tragen.
53. Der Einmündungsbereich und die Landzunge zwischen dem neuen Verlauf und dem alten Verlauf des Grabens im Schwarzen Horst ist regelmäßig und insbesondere nach Hochwasser und Sturm auf Abflusshindernisse, Ablagerungen und Kolkungen zu überprüfen.
54. Der Bereich 50 m unterhalb des Mündungsbereiches des alten Verlaufes des Grabens im Schwarzen Horst ist regelmäßig, insbesondere nach Sturm und Starkregenereignissen auf Abflusshindernisse zu überprüfen.

#### **IV. Einkonzentrierte Entscheidung**

**Befreiung gemäß § 67 Abs. 1 Nr. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) von den Verboten gemäß § 30 BNatSchG und gemäß § 67 Abs. 2 BNatSchG von den Verboten des § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 BNatSchG**

#### **Auflagen**

1. Diese Befreiung ergeht befristet bis zum Februar 2027.
2. Diese Befreiung kann vollständig oder teilweise widerrufen werden, soweit die unten näher bezeichneten Auflagen dieses Bescheides, die Vorschriften der oben bezeichneten Naturschutzgebietsverordnung sowie die weiteren zwingenden Regelungen des Naturschutzrechts nicht eingehalten werden.
3. Diese Befreiung gilt ausschließlich für die von den Mitarbeitenden der Ökologischen Station e.V. geplanten Maßnahme, welche im Antrag und dem Übersichtsplan dargestellt ist.
4. Die Aufenthaltsdauer in den sensiblen Bereichen des Naturschutzgebietes „Billerbeck und Oldendorfer Bach“ ist auf das erforderliche Maß zu beschränken.
5. Störungen oder Beeinträchtigungen der vorhandenen Lebensgemeinschaften an dem betroffenen Standort sind weitestgehend zu vermeiden. Hierzu verweise ich ferner auf die unter Punkt 6. genannten weiteren Hinweise.



### Hinweise

- a) Ich weise darauf hin, dass die Regelungen der oben genannten Verordnung über das Naturschutzgebiet zu beachten sind.
- b) Ich mache darauf aufmerksam, dass Sie ordnungswidrig handeln, wenn Sie den Nebenbestimmungen dieser Befreiung oder den übrigen Bestimmungen der §§ 39 ff. BNatSchG zuwiderhandeln (§ 69 Absatz 3 Nummer 13 BNatSchG). Diese Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 69 Absatz 7 BNatSchG mit einer Geldbuße bis zu 50.000 Euro bzw. 10.000 Euro geahndet werden. Ferner handeln Sie ordnungswidrig, wenn Sie gegen die Vorschriften der oben bezeichneten Naturschutzgebietsverordnung verstoßen (§ 43 Absatz 2 Nummer 1 Niedersächsisches Naturschutzgesetz – NNatSchG). Diese Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 43 Absatz 3 mit einer Geldbuße bis zu 50.000 Euro geahndet werden.
- c) Diese Befreiung trifft nur naturschutzrechtliche Regelungen. Sie ergeht unbeschadet der Rechte Dritter. Etwaige Zustimmungen durch den Grundstückseigentümer oder weitere, nach anderen Rechtsvorschriften erforderlichen Genehmigungen bleiben daher unberührt und sind gesondert zu beantragen.

### **V. Begründung**

Mit Datum vom 19.06.2024 haben Sie einen Antrag auf Ausbau eines Gewässers gemäß §§ 67 ff. WHG gestellt. Die Maßnahme ist erforderlich für die naturnahe Entwicklung eines Abschnittes des Grabens im Schwarzen Horst sowie des Nebengewässers Graben M auf einer Strecke von insgesamt ca. 700 m westlich der Ortslage Oldendorf. Zudem wird der Graben N ins Taltiefst verlegt und naturnah angebunden. Weitere Details zum Vorhaben sind den zugrundeliegenden Antragsunterlagen zu entnehmen.

Bei dem Vorhaben handelt es sich aufgrund der wesentlichen, dauerhaften Umgestaltung des Grabens im Schwarzen Horst und des Graben M durch Renaturierung um einen Gewässerausbau im Sinne von § 67 Abs. 2 WHG, der nach § 68 Abs. 1 WHG grundsätzlich einer Planfeststellung bedarf. § 68 Abs. 2 S. 1 WHG eröffnet die Möglichkeit, für einen Gewässerausbau, für den nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, anstelle eines Planfeststellungsbeschlusses eine Plangenehmigung zu erteilen.

Daher habe ich als zuständige Behörde gemäß §§ 5 und 7 UVPG zunächst festzustellen, ob für Ihre o. g. Maßnahme eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Die Feststellung ist, sofern eine Vorprüfung des Einzelfalls vorgenommen worden ist, der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes zugänglich zu machen;

soll eine Umweltverträglichkeitsprüfung unterbleiben, so ist dies außerdem öffentlich bekanntzugeben.

Das Vorhaben ist als naturnaher Ausbau eines Gewässers zu subsumieren. Nach § 5 Abs. 1, § 7 Abs. 1 i. V. m. Anlage 1, Nr. 13.18.2, Spalte 2 UVPG wäre grundsätzlich eine standortbezogene Vorprüfung zu der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung vorzunehmen. Die Durchführung einer Vorprüfung entfällt hier jedoch, ebenso wie eine Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß § 3 Abs. 2 NUVPG. Daher wird hier eine Plangenehmigung erteilt.

Die Voraussetzungen des § 68 Abs. 3 WHG sind erfüllt. Danach darf ein Plan nur festgestellt oder genehmigt werden, wenn eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit nicht zu erwarten ist und andere Anforderungen nach dem WHG oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften erfüllt werden. Eine dauerhafte Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit unter anderem durch eine erhebliche, dauerhafte, nicht ausgleichbare Erhöhung der Hochwasserrisiken durch die Maßnahme ist hier nicht zu erwarten.

Die von den Trägern öffentlicher Belange zu der Ausführung des Vorhabens erhobenen Forderungen bzw. Einwendungen zur Einhaltung von sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften wurden in die Antragsunterlagen eingearbeitet bzw. durch entsprechende Auflagen berücksichtigt. Die Aufnahme der angeführten Nebenbestimmungen und Hinweise ist darüber hinaus auch notwendig, um eine ordnungsgemäße Ausführung der Maßnahme sicherzustellen.

Die rechtlichen Voraussetzungen für die Erteilung einer Plangenehmigung sind somit erfüllt.

Außerdem sind für die Maßnahme eine Befreiung von den Verboten des Biotop- und des Artenschutzes, erforderlich. Aufgrund der sogenannten Konzentrationswirkung der Plangenehmigung gemäß § 74 Abs. 6 S. 2 i. V. m. § 75 Abs. 1 VwVfG beinhaltet diese Plangenehmigung auch den oben ausgeführten Verwaltungsakt.

In dem im Übersichtsplan dargestellten Maßnahmenbereich befinden sich mitgeteilte und nicht mitgeteilte gesetzlich geschützte Biotope, die direkt oder indirekt von der Baumaßnahme betroffen sein könnten. Gemäß § 30 Abs. 2 sind alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung oder erheblichen Beeinträchtigung des Biotops führen können. Weiterhin ist es gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 BNatSchG verboten, wild lebende Tiere der besonders geschützten Arten zu fangen, zu verletzen, zu töten und ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören, Tiere der streng geschützten Arten und europäische Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeit erheblich zu stören, sowie wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Von den Verboten des Bundesnaturschutzgesetzes kann auf Antrag eine Befreiung gewährt werden, wenn dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist (§ 67 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BNatSchG).

Die von Ihnen geplante Maßnahme dient der Gewässerrenaturierung am Graben im Schwarzen Horst und seiner Zuläufe und damit der Verbesserung des Naturhaushaltes und der Umsetzung der Schutzziele der Naturschutzgebietsverordnung „Billerbeck und Oldendorfer Bach“. Das überwiegende öffentliche Interesse ist damit gegeben. Die der Koordinationsstelle für naturschutzfachliche Verbandsbeteiligung angeschlossenen Verbände begrüßen die Maßnahme zur Fließgewässer- und Auenentwicklung des Grabens im Schwarzen Horst und des Grabens M und äußern keine Bedenken.

## **VI. Kostenentscheidung**

Die Verwaltungsgebühr für diese Entscheidung wird auf

**1.114,20 €**

festgesetzt.

Ich bitte Sie, diesen Betrag innerhalb eines Monats auf einer der auf Seite 1 genannten Konten unter Angabe des **Kassenzeichens 66204154 / 50065184** zu überweisen. Geben Sie bei der Zahlung bitte unbedingt das Kassenzeichen an, damit der Geldeingang bei mir richtig zugeordnet werden kann.

## **VII. Begründung der Kostenentscheidung**

Die Kostenerhebung ergibt sich aus den §§ 1, 3, 5 und 13 des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes (NVwKostG) i. V. m. Ziffer 96.1.23.1.2 des Kostentarifs zur Allgemeinen Gebührenordnung (AllGO), jeweils in der zur Zeit geltenden Fassung.

Danach sind für eine Plangenehmigung nach § 68 Abs. 2 WHG für einen Gewässerausbau, dessen Kosten mehr als 50.000 €, aber nicht mehr als 300.000 € betragen, sind 750 € zuzüglich 0,2 v. H. (0,2 %) der 50.000 € übersteigenden festzusetzen. Aus den Antragsunterlagen geht hervor, dass die Baukosten voraussichtlich 232.100 € betragen. Der 50.000 € übersteigende Betrag liegt daher bei 182.100 €. Multipliziert man diesen Betrag mit 0,002 ergibt dies 364,20 €. Hinzuaddiert zu 750 € ergibt sich die oben festgesetzte Verwaltungsgebühr in Höhe von 1.114,20 €.

Ich möchte darauf hinweisen, dass ein Widerspruch gegen die Kostenfestsetzung gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) keine aufschiebende Wirkung hat und Sie nicht von der Zahlungspflicht entbindet.

### **VIII. Ihre Rechte**

Gegen diese Plangenehmigung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Landkreis Osterholz, Osterholzer Str. 23, 27711 Osterholz-Scharmbeck, erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag:

(Meyer)